Antrag zur Bürgerversammlung Grünwald 2026

Erweiterung der kommunalen Verkehrsüberwachung auf den ruhenden Verkehr

Antrag

Die Gemeinde Grünwald wird gebeten zu prüfen, die bestehende Zusammenarbeit mit dem Zweckverband Kommunale Verkehrsüberwachung Oberland auf die Überwachung des ruhenden Verkehrs im Gemeindegebiet auszuweiten und die hierfür erforderlichen organisatorischen und vertraglichen Voraussetzungen zu schaffen.

Dabei soll insbesondere geprüft werden,

- wie die Verkehrssicherheit im Umfeld von Schulen und anderen sensiblen Bereichen verbessert werden kann,
- wie bestehende Halt- und Parkregelungen wirksamer durchgesetzt werden können,
- wie die Verfügbarkeit öffentlicher Parkflächen verbessert werden kann und
- welche Auswirkungen eine Ausweitung der Überwachung auf Verwaltung, Verkehrssicherheit und Ordnung im Gemeindegebiet hätte.

Ferner wird die Gemeindeverwaltung gebeten darzustellen, wie mit möglichen Sondernutzungen öffentlicher Verkehrsflächen, insbesondere durch Werbeanhänger oder vergleichbare Einrichtungen, künftig verfahren werden kann.

Begründung

Im Gemeindegebiet werden regelmäßig Probleme im Zusammenhang mit dem ruhenden Verkehr beobachtet.

Besonders im Umfeld der Grundschule sowie des Gymnasiums kommt es im Bring- und Abholverkehr wiederholt zu Verstößen gegen bestehende Halt- und Parkregelungen. Fahrzeuge werden teilweise in absoluten Haltverbotszonen oder in Bereichen abgestellt, die für die Sicherheit und Leichtigkeit des Verkehrs von besonderer Bedeutung sind. Vereinzelt werden sogar Feuerwehrzufahrten beeinträchtigt. Dadurch entstehen vermeidbare Gefahren und unübersichtliche Verkehrssituationen, insbesondere für Kinder und Jugendliche auf ihrem Schulweg.

Darüber hinaus kommt es im Umfeld des Afghanischen Generalkonsulats in der Nördlichen Münchner Straße, insbesondere an den Öffnungstagen Montag bis Donnerstag, regelmäßig zu einem erhöhten Verkehrsaufkommen. In diesem Zusammenhang werden immer wieder problematische Verkehrssituationen sowie Verstöße gegen bestehende Halt- und Parkregelungen beobachtet. Dies führt zu Behinderungen des fließenden Verkehrs, erschwert die Nutzung öffentlicher Verkehrsflächen und beeinträchtigt die Verkehrssicherheit für Anwohner, Fußgänger und Radfahrer.

Darüber hinaus werden von Bürgerinnen und Bürgern regelmäßig dauerhaft abgestellte Anhänger im öffentlichen Straßenraum beanstandet. Dies betrifft insbesondere Bereiche der Südlichen Münchner Straße, den Parkplatz gegenüber dem Friedhof sowie das Umfeld des Bauernmarktes in der Tremmlallee. Solche Anhänger nehmen teilweise über längere Zeit öffentliche Parkflächen in Anspruch und können die Sichtverhältnisse für Fußgänger und andere Verkehrsteilnehmer beeinträchtigen. Gerade im Bereich des Bauernmarktes reduzieren sie

zudem die Verfügbarkeit von Parkplätzen für Besucher, darunter viele ältere Mitbürgerinnen und Mitbürger.

Insbesondere Werbeanhänger werden von vielen Bürgerinnen und Bürgern kritisch gesehen, wenn diese dauerhaft auf öffentlichen Verkehrsflächen abgestellt werden und faktisch als Werbeträger dienen.

Eine regelmäßige Überwachung des ruhenden Verkehrs kann dazu beitragen,

- die Schulwegsicherheit zu verbessern,
- die Verkehrssicherheit insgesamt zu erhöhen,
- die Verfügbarkeit öffentlicher Parkplätze zu verbessern,
- die Einhaltung bestehender Verkehrsregeln zu fördern und
- Verwaltung, Polizei und Bürger von wiederkehrenden Beschwerden zu entlasten.

Der Antrag richtet sich ausdrücklich nicht gegen rechtmäßig abgestellte Fahrzeuge oder Anhänger. Ziel ist es vielmehr, bestehende Regelungen konsequenter zu überwachen und durchzusetzen sowie die Sicherheit und die faire Nutzung des öffentlichen Verkehrsraums in Grünwald zu verbessern.

Grünwald, den 4. November 2026

Antragsteller (Nachname, Vorname, Adresse)

- Gantert, Claus-Peter, Bodenschneidstrasse 20, 82031 Grünwald

Sowie 17 weitere (in dieser PDF aus Datenschutzgründen nicht mit ausgewiesen).